

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

65 (18.3.1931)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelbte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Anzeigenzwecks, bei geschäftlicher Betreibung und bei sonstigen außer Kraft tritt. Einrückungs- und Geschäftsbedingungen in der Rubrik der Anzeigen-Nachweise 4 Uhr vormittags.

Untere wöchentlichen Beilagen: Primat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Anhebung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe I. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volksfreund-Büro: Durlach, Hauptstraße 9. B-Baden, Jagdbausstraße 17. Rastatt, Kolonnenstraße 2. Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 65 Karlsruhe, Mittwoch, den 18. März 1931 51. Jahrgang

Der 18. März

Der 18. März dieses Jahres erhält seine besondere Bedeutung dadurch, daß er mit der Erinnerung an die große Erhebung des deutschen Volkes im März 1848 den Gedanken verbindet, daß am heutigen Tage 60 Jahre verfloßen sind, seit am 18. März 1871 die Bevölkerung von Paris sich in der „Komune“ zum gewaltigen Sturm gegen die herrschenden Mächte erhob, eine der gewaltigsten und gerade für die Gegenwart lehrreichsten Eruptionen der modernen Geschichte, worüber wir in unserer heutigen Beilage „Unterhaltung, Wissen, Kunst“ eingehend informieren.

Für das deutsche Volk hat jedoch der 18. März 1848 seine geschichtliche Bedeutung für alle Zeit dadurch, daß in ihm zum ersten Male das deutsche Volk den Flug zur Freiheit nahm und dabei gleichzeitig die ewig unzerrennliche Verbindung von deutscher Freiheit und deutscher Arbeiterkraft klar zum Ausdruck brachte.

Angesichts der Verfallung, den heute die „Revolutionäre vom Patentreuz“ durch allerhand Kraftworte mit dem Begriff Freiheit treiben, ist es gerade heute notwendig, den Unterschied des Freiheitsbegriffes des deutschen Volkes und des Freiheitsbegriffes der Schutztruppe jener, welche in diesen Tagen durch eine geschickte Demagogie die Privilegien der einst herrschenden Klasse wieder zurückerobert wollen, klar herauszuarbeiten.

Der 18. März 1848 hat eine riesige Volksbewegung ins Rollen gebracht, die seit etwa 30 Jahren in den tiefsten Tiefen der Nation zur Gärung kam, die Explosion eines großen Volkes gegen den Starrsinn und die Diktate seiner Fürsten, die dem Volk nicht das geringste Mitbestimmungsrecht zugehen wollten.

Nicht umsonst ist gerade diese Bewegung in den drei größten Zentren des damaligen Deutschland in Berlin, in Wien und in München gleichzeitig zum Ausbruch gelangt. Nicht umsonst haben sich den revoltierenden Bürgern und Studenten die Arbeiter angeschlossen. In Berlin standen in wenigen Stunden in der Friedrichstraße und am Schlossplatz die Arbeiter der einzigen großen Metallfirma vorzig hinter dem adligen Studenten v. Bagonowski und in Wien rühten nach dem Sturm auf das Zeughaus durch die Studenten sofort die Schiffer und Transportarbeiter des Donauhafens zur Unterstützung der bürgerlichen Revolutionäre und zum Kampf gegen das Militär heran.

Diese 48er Bewegung, aus der Tiefe der arbeitenden Menschen emporgebrochen, hatte ihre Idee und ihren höchsten Sinn. Sie wollte ein einiges Deutschland über die Thronen und — wie Heinrich Heine sagt — die „Kadaver“ der Potentaten hinweg. Sie wollte ein einiges Europa über die Kabinette und militärischen Kontingente der europäischen „Großstaaten“ hinaus. Sie wollten ein freies Bürger- und Menschenrecht gegen die Schifanen der halb absolutistischen Verwaltung und der Polizei.

Die Opfer dieses Freiheitskampfes aber haben ihren Idealismus schwer gebüßt. Man hat sie in die Gefängnisse gesteckt und im Fehlingsgraben von Rastatt vor die Geschütze der preussischen Grenadiere gestellt.

All diese Freiheitskämpfer, dieser Friß Reuter, diese Karl Kinkel, diese Karl Schurz, August Beder, Stefan Born, Paul Wrothau, August Willich, Adolf Douai, Josef Diehgen, August Braß, Otto Kuppins, haben ihre Amistellung und ihre bürgerliche Existenz verloren, weil der Büttel der Monarchie hinter ihnen her gewesen ist. Selbst ein Richard Wagner hat wegen einer Barrikadenepisode den deutschen Boden fluchtartig verlassen müssen.

All das — wegen der Verbundenheit mit den Massen des arbeitenden Volkes und wegen der Revolte gegen die fürstliche Diktatur.

Was aber will das Dritte Reich? Im Gegensatz zu dem Volksgebanen des 18. März 1848 will das Dritte Reich die breiten Massen des arbeitenden Volkes um die Rechte bringen, die es mit dem 18. März 1848 beginnend, sich allmählich in schweren Kämpfen eroberte.

Als „Untermenschen“ soll das werktätige Volk wieder zur Sklaverei verurteilt werden, unter der es bis in die neueste Zeit schmachtete.

Der 18. März wird so gleichzeitig zu einer Fanfare des arbeitenden Volkes, dessen Lösung heute ist: Kampf dem Faschismus! Es lebe die Demokratie! Es lebe die soziale Republik! Hoch der demokratische Sozialismus!

Heiliger März

Von Bruno Schönant

Kein lüchles Gebet, Sturm ist der März!
Er dreht die Sonne ans junge Herz.
Sei, wie er über die Wälder braust,
Das weisse Laub von den Bäumen saust.
Wie läßt er über dem Saatengrün
Die neugeborene Sonne sprihen.
Heiliger März!

Fort mattee Dämmern, wenn Märzsturm fust.
Sich über Strähen und Pläse schwinget.
Anführer März der drängenden Zeit,
Wir hören dich, sind zum Kampf bereit.
Wie nicht du wieder Frühlingstrost
Und kalten Mut der Leidenschaft.
Heiliger März!

Sozialdemokratischer Vormarsch

Die Frauen marschieren mit der SPD.
In Zeik traten in einer einzigen sozialistischen Frauenversammlung 54 Frauen und 4 Männer der Sozialdemokratischen Partei bei.

Uebertritte ehemaliger Kommunisten zur Sozialdemokratie
Wir brachten im Februar dieses Jahres eine Erklärung von 30 ehemaligen Kommunisten in Berlin, die ihren Beitritt zur Sozialdemokratie vollzogen. Dieser Erklärung haben sich in Berlin noch nachträglich angeschlossen: Max Basse, Betriebsrat, Birma „Kraftaa.“; Friedrich Kamin, Betriebsrat, Stadt. Wasserwerke; Karl Schent, Neufölln; Alara Schenk, Neufölln; Paul Fleck, Bankom, Meckebille; Gustav Zimmerman, Elektriker; Bruno Schmann, Arbeiter; Otto Simich, Arbeiter.

Polen ratifiziert

Warschau, 18. März. (Funkdienst.) Der Senat hat die Saager Verträge, das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und den deutsch-polnischen Handelsvertrag am Dienstag ebenfalls ratifiziert. Die Ratifikation erfolgte mit großer Mehrheit.

Unverändert ernstes Befinden

Hermann Müllers

OMB. Berlin, 17. März. (Eigene Meldung.) Der Schwächezustand, der auf einer Herzschwäche und einer Kreislaufstörung beruht, hielt auch den heutigen Tag über an, so daß der allgemeine Zustand als äußerst ernst bezeichnet werden muß. Nachdem in den Vormittagsstunden durch einen gefunden Schlaf eine leichte Besserung festzustellen war, trat in den späten Nachmittagsstunden eine abermalige Störung im Befinden des Patienten ein, wodurch der gestern abend eingetretene Zustand wieder herbeigeführt wurde.

Das Urteil gegen die spanische Offiziersverschwörung

Madrid, 18. März. (Funkdienst.) Das Kriegergericht in Saca verurteilte am Dienstag einen der Führer des Aufstandes zum Tode und vier Offiziere zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Wo bleibt der zweite Mann?

WETTBEWERB

Die 100 besten Werber

für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, (die drei besten Werber jedes Bezirks, vom Bezirk Berlin die besten vier Werber), die bis zum 15. Mai 1931 die meisten neuen Mitglieder gewonnen haben, sind durch die Bezirksvorstände bis zum 20. Mai mit genauer Adressenangabe zu melden. Maßgebend für die Bewertung sind die Parteiverhältnisse und die Größe der Ortsgruppe, des zuständigen Partebezirks oder Distrikts, die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der letzten Reichstagswahl, die Zahl der Parteimitglieder des betreffenden Ortes oder Distrikts am 31. Dezember 1930.

Der Parteivorstand hat beschlossen:

die **34 erfolgreichsten Werber als Ehrengäste zum Parteitag**

während der ganzen Dauer der Tagung einzuladen

den nächstbesten

15 Werbern die Teilnahme an einer 8 bis 14-tägigen Reise

des Reichsausschusses für sozialist. Bildungsarbeit zu ermöglichen;

die übrigen

51 Werber erhalten das Werk A. Bebel: »Aus meinem Leben«

(in einem Band) als Geschenk.

An die Arbeit, Genossen und Genossinnen, befolgt die Parole des Jahres 1931:

Wo bleibt der zweite Mann?

Sozialpolitik voran

Zahlreiche sozialdemokratische Anträge und Entschliessungen angenommen 3 Millionen für Kinderpeisung / Mehrheit für 40 stündige Arbeitswoche

Berlin, 17. März. (Eig. Drabt.) Im Reichstag wurde am Dienstag die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums beendet.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Bohm-Schuch sprach für eine allgemeine Regelung und Verbesserung des Schutzes der Arbeitskräfte Jugendlicher. Sie wies auf die verheerenden geistigen und seelischen Irrungen hin, die die Erwerbslosigkeit insbesondere bei den Jugendlichen hervorruft und verlangt, von der Reichsregierung alle Einrichtungen zur Weiterbildung der Jugendlichen auszubauen. Besonders müsse die Ueberfundenarbeit Jugendlicher völlig beseitigt werden. Es gäbe immer noch Jugendliche, die 60 Stunden in der Woche arbeiteten.

Dr. Winkshof von der Staatspartei verurteilte, die von Grammann vor einigen Tagen angeführte Statistik des Internationalen Arbeitsamtes über die Realloose zu entkräften. Das Internationale Arbeitsamt habe Arbeiterkategorien verglichen, die nicht vergleichbar seien.

Im Laufe der Aussprache lies ein sozialdemokratischer Antrag ein für Kinderpeisung drei Millionen Mark

einzulieben, und die Dedung den Einnahmen aus der Erhöhung der Aufsichtsteuer zu entnehmen. Nach mehreren kleineren Reden wurde die Beratung abgeschlossen.

Richtige Abstimmungen

Späterhin folgten dann stundenlange Abstimmungen über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Die Abstimmungen verzögerten sich sehr, weil die Kommunisten wiederholt namentliche Abstimmungen beantragten. Der Antrag, dem Reichsarbeitsminister Stegerwald das Mißtrauen auszusprechen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Anlaß von drei Millionen für Kinderpeisung machte die Deutsche Volkspartei geschäftsordnungsähnliche Bedenken geltend. Im Sammelurteil wurde abgelehnt, den Antrag auf die dritte Leistung zu verschieben. Der sozialdemokratische Antrag auf drei Millionen für Kinderpeisung wurde dann mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Christlichsozialen angenommen. Abgelehnt wurde ein wirtschaftsparteilicher Antrag, öffentliche Mittel auch den privaten Arbeitgebervereinigungen zuzuführen. Ferner wurde ein wirtschaftsparteilicher Antrag abgelehnt, Rechtsanwältinnen bei den Arbeitsgerichten zuzulassen. Der sozialdemokratische Antrag auf ein Wohnheim für die Arbeiter wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Reichsregierung anforderte, einen Gesetzentwurf gegen die Doppelverdiener einzubringen. Allen Beamten, Angestellten und Arbeitern in öffentlichen Diensten soll die Uebernahme außerdienstlicher entgeltlicher Berufstätigkeit grundsätzlich untersagt werden, ausgenommen wissenschaftliche, literarische und künstlerische Betätigung. Ferner enthält der Antrag noch mehrere weitere Bestimmungen gegen Schwarzarbeit und Doppelverdiener.

Angenommen wurde ferner eine Reihe von sozialdemokratischen Entschliessungen, die sich der Sozialstaatsaufbau zu eigen gemacht hat. Danach sollen weitere Schritte von den Arbeitslosenanteilen und der Krankenkassen zur Einführung der Versicherung der Arbeiter und zum Schutze der Arbeitskraft Jugendlicher. Ferner soll verboten werden, daß Arbeitgeber gegenüber den in Monatsbesoldung Angestellten Kürzungen vornehmen dürfen, wenn die Arbeitszeit sinkt. Weitere Entschliessungen verlangen das Verbot jeder Kinderarbeit und erhöhte Betreuung der Jugendlichen. Von großer Wichtigkeit ist die Annahme einer sozialdemokratischen Entschliessung, die einen Gesetzentwurf verlangt, der eine Zusammenfassung der Kriegsursorge und der Fürsorge die Wohlfahrtsverbände in ein Gesetz über Arbeitslosenfürsorge fordert.

In der heutigen Reichstagsitzung begann die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern.

Der volksparteiliche Berichterstatter Dr. Schuee verwies darauf, daß die Ausgaben um 4,5 Millionen gesenkt worden seien. Reichsaußenminister Dr. Curtius enthielt sich aller außenpolitischen Fragen und gab nur technische Erklärungen zu verschiedenen Positionen seines Haushalts ab. Er behauptete, daß die starken Einriffe in das Bezahlungverhältnis bei manchen höheren Beamten eine

Senkung bis zu 40 Prozent der Gesamtbesätze

hervorgehoben habe. Der Zentrumsgesandte Schreiber wünschte eine Durchdringung der auswärtigen Mission mit wirtschaftlichem und sozialem Geist. Die Kommunisten ließen durch ihren Redner Stöcker die aus der Presse bekannten Vorwürfe gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie als eine Partei wilder Kriegshetze gegen Rußland hin ausfallen. Im Sinne der deutschen Kapitalisten, die jüngst nach Rußland eingeladen und dort gefeiert worden sind, sprach der Wirtschaftsparteiliche Sachseberg. Er rühmte die Energie der Durchführung des Fünfjahresplanes. Der industrielle Aufbau Rußlands sei eine rein industrielle Angelegenheit, der mit den bolschewistischen Ideen gar nichts zu tun habe.

Der Lebensstandard des russischen Volkes werde von den Machthabern in einer Weise herabgedrückt, von der man sich kaum eine Vorstellung machen könne.

Abg. Breitscheid (Soz.)

hielt die einzige außenpolitische Rede von Rang im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatung. Er verlangte für den Nachwuchs im Auswärtigen Amt Erziehung zum lebenden Staat. Mit dem Abg. Sachseberg sei er der Meinung, daß bei Befehlung der Krenzer in erster Linie die Tüchtigkeit maßgebend sein soll. Sozialdemokratische Gefinnung schließe aber diese Tüchtigkeit nicht aus. Einen wirtschaftsparteilichen Antrag, das Auswärtige Amt möge einen Preis für eine Arbeit aussetzen, die die Wirkungen der Reparationen schildert, müsse man ablehnen. Wenn das Auswärtige Amt ein solches Wert besäße, werde es im Auslande unwirksam sein (lebhaft Zustimmung links und in der Mitte). Zur Kolonialfrage sagte Breitscheid, daß Deutschland dieselben Rechte beanspruchen müsse, wie jedes übrige Land. Ob man aber und wann man dieses Recht im Interesse Deutschlands für Kolonien anwende, sei eine Frage, die von Fall zu Fall geprüft werden müsse. Breitscheid verlangte auf allen außenpolitischen Gebieten

voll Gleichberechtigung Deutschlands.

Wir haben denselben Anspruch auf Sicherheit wie alle übrigen Staaten. Wie die Sozialdemokratie in der Frage des Panzerkreuzers entscheide, stehe noch nicht fest. Nebenfalls sei bekannt, daß die Sozialdemokratie politische, finanzielle und soziale Verbesserungen dem Kreuzerbau habe. Keinesfalls aber dürfe man

von einer Aufrüstung sprechen. Er sei nichts anderes als ein Ersatz für schon bestehende und überaltete Schiffe; der Bau liege durchaus im Rahmen des Verfallter Vertrags.

Das Panzerschiff sei eine rein innerpolitische Frage.

Als die Kommunisten dazwischen riefen: „Was soll den eigentlich das Panzerschiff?“, antworteten ihnen einige Sozialdemokraten: „Damit die Reichswehr Salut schickt, wenn die russische Flotte nach Kiel zu Besuch kommt.“ Breitscheid zog dann aus dem pom-pösen

Empfang der deutschen Industriellen und Schachmacher in Rußland

den Schluß, daß die Weltrevolution so bald nicht nach Deutschland getragen werde. Es sei nicht anzunehmen, daß die russischen Machthaber ihre eigenen Geschäftsfreunde totalisierendes beabsichtigen. Alle in dem Moskauer Prozeß aufgestellten Behauptungen von einer Mißhandlung der deutschen Sozialdemokratie an Sabotageakten in Rußland seien größte Lügen.

Die Sozialdemokratie habe den Wunsch, daß der Fünfjahresplan gelinge;

sie müßte auch wünschen, daß Rußland ein Markt für deutsche Erzeugnisse werde. Freund eine Intervention, so sagte Breitscheid warnend, werde die Sozialdemokratie gegen Rußland unter feindlichen Umständen mitmachen. Er warne vor einem solchen Weg.

Bei der Abstimmung wurde ein wirtschaftsparteilicher Antrag angenommen: „Der Reichstag richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um die Uebervereinbarung Cuxens und Malmedos mit dem deutschen Reich herbeizuführen.“

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Wird man sich einigen?

Differenzpunkte zwischen Sozialdemokratie und Reichsregierung

Berlin, 17. März. (Eig. Drabt.) Die politischen Besprechungen zwischen der Sozialdemokratie und der Reichsregierung, die in der vergangenen Woche zu keinem Abschluß gebracht worden sind, sind am Dienstag wieder aufgenommen worden.

In erster Linie stehen die von der Sozialdemokratie erhobenen Forderungen auf Erhöhung der Aufsichtsteuer und auf Erhöhung des Notopfers bei der Einkommensteuer zur Erörterung. Sie sind bereits vom Steueraussschuß des Reichstags beschlossen worden und stehen in der nächsten Woche im Plenum zur Beratung. Der Widerstand gegen beide Forderungen geht in erster Linie von der Deutschen Volkspartei aus. Immerhin ist der Widerstand der Aufsichtsteuer weniger heftig als gegen die Einkommensteuer. In anderen bürgerlichen Parteien findet man Anhänger der Aufsichtsteuer, während die Bedenken gegen das Notopfer bei der Einkommensteuer auch dort, wenn auch nicht in gleichem Maße, wie bei der Volkspartei, vorhanden sind. Die Reichsregierung betont ebenfalls ihre Gegnerschaft gegen diese geplanten Steuererhöhungen, doch dürfte ihr Widerstand nicht unüberwindlich sein, wenn es gelang, entsprechende Beschlässe des Reichstags ohne politische Komplikationen durchzusetzen.

Große Meinungsverschiedenheiten bestehen aber auch noch bei der von der Reichsregierung gewünschten Ermächtigung zur selbständigen Festsetzung der Aar- und Industriezölle. Das Verlangen der Sozialdemokratie geht dahin, unter allen Umständen zu vermeiden, daß durch die Handhabung dieser Zollermächtigung eine Gefährdung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu den ausländischen Mächten und vor allen Dingen eine Verteuerung der Lebenshaltung eintritt.

Unstimmigkeit besteht auch noch über die regierungsseitig geforderte Staatsermächtigung, die in erster Linie von der Deutschen Volkspartei verlangt wird, durch die der Finanzminister zu größter Sparsamkeit verpflichtet sein soll. Gegen dieses Ziel, bestehen bei der Sozialdemokratie keine Bedenken. Sie wünscht jedoch, daß

diese Ermächtigung zu weiterer Sparsamkeit sich lediglich auf die nicht gesetzlich gebundenen Ausgaben erstreckt und daß die gesetzlich gebundenen Verpflichtungen, also die Aufschüsse des Reichs zur Sozialversicherung, die Leistungen an die Kriegsbefähigten und die produktive Erwerbslosenfürsorge ausdrücklich von der künftigen Sparaktion ausgenommen werden.

Meinungsverschiedenheiten bestehen ferner über die Frage, ob der Reichstag entsprechend dem Wunsch der Reichsregierung sich bis Oktober oder November verlagern soll. Gegen diese Verlegung auf ein halbes Jahr spricht die Tatsache, daß das zu einer Verschiebung wichtiger gesetzgeberischer Aufgaben führen würde, falls nicht die Regierung in der Zwischenzeit ohne das Parlament die dringlichsten Aufgaben erledigt. Da auch in anderen Parteien die Bedenken gegen eine so langfristige Verlegung des Reichstags geteilt werden, so dürfte man sich wohl dahin verständigen, wie auch in früheren Zeiten, dem Präsidenten des Reichstags die Ermächtigung zu geben, den Reichstag, wenn ein Bedürfnis dazu vorliegt, und eine Mehrheit es wünscht, zusammen zu berufen.

Bei der Beratung des Arbeitsrats kam der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung von 3 Millionen Mark für Kinderpeisung, die aus der erhöhten Aufsichtsteuer gedeckt werden sollen, zur Entscheidung. Für den Antrag, dessen Erledigung die Deutsche Volkspartei verweigert zu verhindern suchte, stimmten mit den Sozialdemokraten und Kommunisten auch die Christlich-Sozialen. Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt, 6 Millionen zu bewilligen und im Falle der Ablehnung dieser Summe 1 Million vorzuschlagen. Als ihnen der sozialdemokratische Antrag bekannt wurde, erhöhten sie die Summe in ihrem Eventualantrag auf 5 Millionen. Deutlicher als in diesem Fall können die Kommunisten wirklich nicht zeigen, daß es ihnen nicht auf die Sache, sondern nur auf die agitatorische Wirkung ankommt. Der sozialdemokratische Antrag wurde, wie aus dem Reichstagsbericht hervorgeht, angenommen.

Schluß mit Mordheke!

Konferenz der Länderminister bespricht heute Maßnahmen

Das nationalsozialistische Verbrechen in Hamburg hat eine gewaltige Welle der Empörung gegen das Treiben der Bürgerkriegsparteien hervorgerufen, die endlich zu scharfen Maßnahmen zu führen scheint.

Die sozialdemokratische Initiative im Reichstag hat dazu geführt, daß bereits am Dienstag im Reichsjustizministerium Besprechungen darüber geführt worden sind, wie dem Verlangen des Reichstags nach einem Gesetz gegen die Mordheke entsprochen werden kann. Die Sozialdemokratie hat mit ihrem Antrag dem Reichstag gezeigt, daß sie der sicherste Hort des Rechtsstaates in Deutschland ist. Sie will den inneren Frieden, weil er die Voraussetzung für die Anwendung demokratischer Kampfmittel ist. In einer Zeit, in der Köpfe eingeschlagen werden, kann man die Köpfe nicht auflären. Wer den Kampf mit geistigen Waffen will, der muß noch vorher den blutigen Kampf mit Revolvern und Messern unterdrücken.

Die preussische Regierung hat bisher getan, was sie konnte, um den Bürgerkrieg zwischen den Nationalsozialisten und Kommunisten einzudämmen, und der schamlosen Mordheke und Aufreizung zum Bürgerkrieg entgegenzutreten. Sie hat allerdings dabei Hemmnisse zu überwinden gehabt, die daraus entstanden sind, daß die Reichsregierung nicht mit der gleichen Entschlossenheit vorgegangen ist, weil sie innerlich gebunden ist, und weil namentlich die Deutsche Volkspartei immer noch einen sehr starken Zug zu den Nationalsozialisten hin zu erkennen gegeben hat. Andere Hemmnisse kamen bisher von der Justiz her. Zündende Richter in Preußen wie im Reich und am Reichsgericht haben den Nationalsozialisten die Hoffnung gegeben, daß sie im Kampf gegen die Verbrechensabsichten der politischen Leitung auf stillschweigende Beihilfe aus den Kreisen der Justiz rechnen können.

Jetzt sind Hoffnungen vorhanden, daß wenigstens ein Teil dieser Hemmnisse überwunden werden wird. Am Mittwoch tritt in Berlin eine Konferenz der Innenminister der großen Länder mit dem Reichsinnenminister zusammen, die sich mit der Mordheke der extremen Parteien befassen wird. Diese Konferenz, zu der die Innenminister aller Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohner eingeladen sind, war ursprünglich zu anderen Zwecken einberufen worden. Sie wollte sich mit der Frage der Bekämpfung der Agitation der Gottlosen, des neuen bolschewistischen Propagandaunternehmens befassen. Der Mord von Hamburg hat jedoch den Anlaß gegeben, diese Besprechung weiter auszuweiten und die Vorgänge in Hamburg nachträglich zu den Verhandlungen heranzuziehen.

Schon das zeigt, daß in der Konferenz der Innenminister auch Erwägungen darüber angestellt werden, mit welchen Mitteln nun endlich an der ernsthaften inneren Befrie-

dung Deutschlands gearbeitet werden kann, und welche wirksamen und scharfen Maßnahmen gegen die Mordheke zu einer offenen Gefahr gewordenen Bürgerkriegsheke ergriffen werden sollen.

Diese Maßnahmen werden sowohl die Nationalsozialisten, wie die Kommunisten treffen. Beide bemühen sich gleichermaßen, den Kleinbürgerkrieg weiterzutreiben, bis eine allgemeine große Explosion erfolgt. Sie wollen das Gefüge des Staates wie die Reichsordnung erschüttern, sie wollen die große blutige Auseinandersetzung im Innern, sie bekämpfen einander mit mörderischen Mitteln, aber sie stehen fort Schuler an Schuler, wenn die Kräfte des Reiches, des Staates und der Demokratie sich gegen ihre Töben wenden. Mit gleichem Haß verfolgen beide Parteien die Sozialdemokratie, weil sie in ihr nach der Schwächung der bürgerlichen Mitte den letzten Hort des inneren Friedens in Deutschland erblicken.

Es war entschieden ein Fehler, daß die blutige Heke in Deutschland so lange ihr Unwesen treiben durfte, ohne daß energigegen sie eingeschritten worden ist. Daß es so weit gekommen ist, das ist nicht zuletzt die Schuld jener bürgerlichen Kreise, die in Hitler und seinen Verbänden einen willkommenen Bundesgenossen gegen die sozialistische Arbeiterbewegung gesehen und die ihn deshalb begünstigt haben. Nicht nur Hitler und die Seinen, auch die Geldgeber der Hitlerpartei haben ein gerüttelt Maß von Schuld an dem Blut, das in Deutschland vergossen wird.

Die Mehrheit des Volkes hat inzwischen erkannt, welches Elend über Deutschland hereinbrechen würde, wenn diese Mordorganisationen an die Regierung gelangen würden. Ein fester Abwehrblock zum Schutze des Reiches, des Staates und der Demokratie bildet sich heraus. Nun ist es an der Zeit, daß die gemeinsame Abwehrwelle auch zu entschließenden und durchgreifenden Maßnahmen führt und daß das Verbrechen von Hamburg den Anlaß gibt, wirklich Durchgreifendes zu unternehmen.

Wir hoffen, daß die Besprechungen der Innenminister der Länder mit dem Reichsinnenminister diesen festen Willen nun endlich erkennen lassen werden. Es ist höchste Zeit!

Nationalsozialistische Zeitungen in Hamburg verboten

Hamburg, 17. März. (Eig. Ber.) Der Hamburger Senat hat auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die das Erscheinen und die Verbreitung des Hamburger Tagesblattes, das Blatt der Nieuwspapers, der Hamburger Volkszeitung, der Norddeutschen Zeitung — ausschließlich Blätter der Nazis und Kommunisten — sowie aller Erbschlägler mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres verboten werden.

Brutaler Mord

Das Berliner Tageblatt berichtet über die Vernehmung der Hamburger Hakenkreuzmörder: Siedemeyer hat erklärt, daß er von seinem Parteigenossen...



Ernst Henning

kommunistischer Stadtverordneter in Hamburg, der von Nationalsozialisten in einem Autobus durch Revolvergeschüsse getötet wurde.

Der Lehrlingsmord in Berlin

Am 11. März wird mitgeteilt: Der Berliner Polizeikommissar Georg Kunko wurde am Montag dem Vernehmungsmagistrat im Polizeipräsidium...

Preußen greift durch

Sandjägermajor wegen nationalsozialistischer Propaganda seines Amtes enthoben: Berlin, 16. März. Der preussische Innenminister hat, wie eine Korrespondenz meldet, am 13. März gegen den Sandjägermajor Kummer in Köslin...

Alle Straßenfundgebungen für Ostern in Berlin verboten: Am Hinblick auf die künftigen Vorbereitungen bei dem vorübergehenden Übertritt der kommunistischen Jugend in Leipzig hat der Polizeipräsident von Berlin alle öffentlichen Fundgebungen...

Neuer Bischofsverlaß gegen Nationalsozialismus

Dem Beispiel der Kölner Kirchenprovinz folgend, haben der Germania zufolge, jetzt auch die Bischöfe der Bamberger Kirchenprovinz eine längere Kundgebung erlassen...

Naziführer wegen Erpressung verurteilt

Das davongelogene dritte Reich: Hannover, 17. März. (SPD.) Der Kreisführer der Nationalsozialisten vom Kreise Einbeck in Südniedersachsen wurde vom Göttinger Schöffengericht wegen Erpressung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Hakenkreuz gesetzlich geschützt?

Hierher verknüpft: Das vom Partei- und Obersten SA-Führer der SA, SS, und den politischen Leitern „verlethene“ Hakenkreuz der Bewegung ist durch Eintragung in das Handelsregister beim Preussischen Amtsgericht Lübben gesetzlich geschützt.

Was bedeuten die Jacken?



Freistaat Baden Die nationalsozialistische Verleumdungswelle

Unfähig und ohne den Willen zu positiver Arbeit im Reichstag haben sich die Nationalsozialisten von dort gedrückt und müssen nun die dadurch erworbene Freizeit aus...

Eckerts Klage gegen Kirchenpräsident

In der Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof der evangelischen Landeskirche beschwerte sich Oberkirchenrat Dr. Friedrich darüber, daß in Massenversammlungen zum „Fall Eckert“ Stellung genommen wird...

Wird der Oberkirchenrat Friedrich kommen?

M.D. Der Verlauf der Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof der evang. Landeskirche hat keinen Augenblick über die große politische Bedeutung des Streitfalles hinwegtäuschen lassen...

Die Verhandlung selbst dauerte fünf Stunden. Der Gerichtshof, der eschienen war mit Präsidenten, Bürgermeister Dr. Klein-Schmitt-Karlsruhe, Ministerialrat Dr. Umbauer, Landratsrat Ralle und Stadtpfarrer Monken-Karlsruhe als Beisitzern...

Temperamentvoll und scharf war die Anklage des Dr. Dieck. Man wolle jetzt so tun, als ob der politische Kampf erst mit Eckert und erst jetzt in die Kirche gekommen sei. Aber an den Daten läßt es sich klar nachweisen, daß der Kampf gegen die religiösen Sozialisten und ihren Führer, die plüßlich in das beschauliche Dörflein der beiden abweichend regierenden kirchenpolitischen Gruppen...

den Abgeordneten durch die Abhaltung zahlreicher Versammlungen entziehen, werden ihnen nicht vergütet. Da haben es die Nazi-Abgeordneten viel besser; sie werden nicht nur ihre Diäten ein, sondern lassen sich für ihre Versammlungen Honorare bis zu 400 M bezahlen.

In den nationalsozialistischen Versammlungen wird auch immer damit hausieren gegangen, Minister Kemme habe bei der Besprechung der Ministergehälter erklärt, so billig schaffe er nicht. Es ist notwendig, einmal festzustellen, daß diese Neußerung in dem Sinne, wie sie von den Nationalsozialisten dargestellt wird, überhaupt nicht gefallen ist...

stellt sich blind dagegen, daß die Kirche seit 1931 Jahren in die Hölle der Welt verstrickt ist. Diese Ansprüche zeugen von einem Begriff der Nachwächter-Kirche. Eine lebendige Kirche aber, nicht stols darauf sein, Massenführer in ihren Reihen zu haben, in einer Zeit, in der wirkliche Volksführer so bitter fehlen.

Im Weiteren weist Dr. Dieck die kirchen- und verfassungsgesetzliche Rechtswidrigkeit des Vorgehens des Kirchenpräsidenten nach und beantragt die Aufhebung der drei gegen Eckert in letzter Zeit erlassenen Maßnahmen: Verfügung, eine Versammlungsliste vorzulegen, Redeverbot in politischen Versammlungen und vorläufige Amtsenthebung. An die Spitze seiner Ausführungen stellt Oberkirchenrat Dr. Friedrich die Behauptung, daß kein Pfarrer so schonend behandelt worden sei, wie Eckert, denn man habe Rücksicht darauf genommen, daß er Sozialist und Führer der religiös-sozialistischen Gruppe ist...

Die Kirche sei kein soziologisches Gebilde, das geschaffen, erhalten und erhalten werde durch Menschen — sondern einzig durch Gott. Die Kirche sind nach seiner Ansicht die Kirchenbehörde und die Pfarrer ebenso wie der Staat für „uns“ — die Minister und die Beamten sind. Dr. Dieck habe gesagt, daß gemeine Verbrecher aus dem Pfarramt verjagt werden, aber auch solche Pfarrer, die den Kampf gegen die Kirche aufnehmen.

Mit einer unerschütterlichen Rigidität macht Dr. Friedrich dem Gen. Eckert den Vorwurf, daß er mit seiner Beschwerde über die Maßnahmen des Oberkirchenrats, statt vor dem Verwaltungsgerichtshof zu gehen, sich nicht an die Kirchenregierung gewandt habe. Dr. Dieck hatte vorher diesen Weg treffend gekennzeichnet: Beschwerde führen bei Wurtz über Wurtz! Doch Herr Dr. Friedrich ist nicht so naiv, er ist lebendig böse darüber, daß nicht die Erlasse durch eine Bestätigung durch die Kirchenregierung rechtskräftig geworden sind.

Am Anschluß daran sprach Gen. Eckert. Er sprach frei, nur nach Notizen, die er sich während der Rede Dr. Friedrichs gemacht hatte. Aber wie er sprach, das versetzte die Menschen im Sitzungssaal in atemlose Spannung, das wühlte auf und erschütterte. Ich bin mir dessen bewußt, was ich sage, aber man kann den Eindruck von dieser Rede nicht anders wiedergeben: aus den Worten dieses Mannes sprach etwas Gewaltiges. Alle im Saale standen unter dem Banne dieser Worte und man fühlte — es ist völlig unmöglich, daß dieser Mann von seiner Kanzel entfernt wird.

„Das Gericht ist sehr ungünstig für Eckert zusammengekehrt“, sagte mir ein Pressevertreter eines bürgerlichen Blattes. Aber trotz aller Zusammenfassung — man kann sich nach diesem Verlauf der Verhandlung einfach nicht denken, daß der Gerichtshof dem Herzwunsch des Kirchenpräsidenten und aller Hakenkreuz-Frommen, Eckert von der Kanzel zu verdrängen, entsagen kommt.

Macdonald fordert mehr Parteidisziplin

In einer Rede, die Macdonald in einer großen Versammlung in Northampton hielt, betonte er die Notwendigkeit der Parteidisziplin. Wenn er auch durchaus für

Deutschlands sozialpolitische Leistung

Die Regierung der Vereinigten Staaten will nach einer Mitteilung des amerikanischen Arbeitsministers mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit die

Kommunistische Demagogie im Steuerausbruch

Am Steuerausbruch des Reichstags wurde ein kommunistischer Antrag beraten, der die Aufhebung der Lohnsteuer und die

Hitlers Feldzug auf Hochschulen

München, 16. März. (Eig. Draht.) Hitler will seinen Reichstudenten erhebliche Geldmittel verschaffen, damit sie

Gegen Nationalismus in der Kunst

Paris, 16. März. Gegen die Behandlung Weingartners in Frankreich hat ein Artikel in der Revue Nouvelle protestiert. In dem

Kommunistische Auflösungspläne

Braunschweig, 17. März. Der braunschweigische Staatsregierung ist ein kommunistischer Antrag auf Auflösung eines Volksbegehrens

Leipzig, 17. März. Die kommunistische Fraktion des Thüringer Landtags hat einen Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht.

Schwere Ausschreitungen bei Kommunistendemonstrationen. Berlin, 18. März. (Hundstein.) Vor dem Rathaus in Nauener Platz am Dienstagabend im Anschluß an eine kommunistische Demonstration wurden schwere Ausschreitungen, mehrere Polizeibeamte wurden schwer verletzt.

Bombenexplosion in Belgrad

Belgrad, 17. März. Zu der gemeldeten Bombenexplosion in Belgrad wird noch berichtet: Heute früh zwischen 5 und 7 Uhr explodierten hier im Regierungsquartier 4 Höhenmaschinen, eine davon war an der Rückfront des Kriegsministeriums aufgestellt, eine zweite an der gegenüberliegenden Kriegsakademie, die dritte am Verkehrsministerium und die vierte beim Finanzministerium. Durch die Explosion soll ein Offizier getötet, mehrere Passanten verletzt worden sein, der Sachschaden ist unbedeutend.

Ergebnislose Wirtschaftskonferenz

Genf, 17. März. (Eig. Draht.) Das Ziel der zweiten Konferenz für gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik, nämlich die Genfer Wirtschaftsvereinbarung in Kraft zu setzen, ist auch diesmal nicht erreicht worden. In ihrem Schlussprotokoll wird die Konferenz am Mittwoch nachmittags festgestellt, daß keine Möglichkeit bestanden habe, die Konvention vor ihrem Ablauf am 1. April in Kraft zu setzen.

Aus aller Welt

Notlandung des Fliegers Udet in Innerasra

Nairobi, 17. März. Der englische Flieger Campbell Black, der heute im Flugzeug aus England nach Nairobi zurückkehrte, berichtete, er habe beim Ueberfliegen der gefährlichen Sümpfgebiete am Nil in der Nähe von Malatari Udet entdeckt. Dieser war während seines Fluges von Nairobi nach Entebbe als vermisst gemeldet, da er nicht in Entebbe eingetroffen war. Udet hatte wegen Brennstoffmangels eine Notlandung vornehmen müssen, der englische Flieger Black konnte die Notlandung vornehmen und gab Udet, der ohne Lebensmittel unter großen Schwierigkeiten und nach sehr hohem Anstrengung für das Flugzeug abgeben. Black flog nach Guba und unterrichtete von dort die englische Fliegerstation in Entebbe, die daraufhin eine Hilfsexpedition entsandte.

Die Schiffstatastrophe an der Neufundlandküste

St. Johns (Neufundland), 17. März. Nach einer Meldung der Associated Press aus More Island sind von der 138 Mann starken Besatzung der „Bilina“ mindestens 25 tot, 60 von ihnen fanden Untertunft auf More Island. Ueber das Schicksal der anderen ist nichts weiter bekannt. 50 Ueberlebende, die die Insel More Island erreichten, vermochten infolge Erregung keine zusammenhängende Auskunft zu geben, da sie adt bis zehn Meilen von Eisscholle zu Eisscholle springen mußten beim Schmelzen des brennenden Schiffes. Man vermutet daher, daß dabei viele Personen ums Leben gekommen sind.

Mutmaß auf der Straße in Ludwigshafen

In Ludwigshafen feuerte am Samstagabend gegen 10.45 Uhr ein gelblicher 40 Jahre alter Tagelöhner von hier, der mit einem 18jährigen Mädchen von hier ein Verlöbniß unterhielt, in der Seitenstraße auf das Mädchen und deren Begleiter, unter denen sich zwei Brüder des Mädchens befanden, mehrere Revolverkugeln ab. Das Mädchen blieb unverletzt. Die Begleiter des Mädchens stürzten sich auf den Schützen, der am Boden liegend, weitere Schüsse auf den Bruder des Mädchens und den ledigen Tagelöhner August Kühn, 16 Jahre alt, der ihm am nächsten war, abgab. Dabei erhielt der junge Burke einen Schuß in den Kopf und einen solchen in den linken Arm. In schwerverletztem Zustande wurde der Getroffene ins Krankenhaus hier gebracht. Dort ist er am Sonntag an den Folgen der Kopfverletzung gestorben. Der Täter, ein gewisser Josef Keller, konnte nach der Tat flüchten, aber in der Frühe des Sonntags von der Polizei festgenommen werden.

Der Täter bedrohte schon wiederholt die Schwester des Erhängenen, die zu ihrem Schutze auf dem Heimweg von ihrer Arbeitsstelle sich in der Regel von ihren Brüdern begleiten ließ. Das war auch am Samstagabend der Fall. Als der Täter in der Seitenstraße gegen das Mädchen, das sich von ihm abgewandt hatte, vorging, verstellten ihm der infolge der Verletzung verlorbene Getroffene, ein weiterer Bruder des Mädchens und ein dritter junger Mann den Weg. Keller schloß nach dem Hiebenden Mädchen und nachdem er mit einem der Brüder ins Gefache kam, nach diesem.

Festnahme eines Sittlichkeitsverbrechers

Bingen, 16. März. Ein Mädchen aus Mannheim, die Braut eines Schiffers, dessen Kahn hier vor Anker lag, wollte den Bräutigam besuchen, kam aber zu spät, denn der Kahn war schon abgefahren. Das Mädchen erkundigte sich am Rhein bei einem Manne, der sich anbot, das Mädchen an den Unterlauf zu führen. Um Weg abzuschneiden — wie er angeblich — ging sie über den Reichsbahndamm, ein weiterer Bruder des Mädchens und ein dritter junger Mann den Weg. Keller schloß nach dem Hiebenden Mädchen und nachdem er mit einem der Brüder ins Gefache kam, nach diesem.

Wie Wilhelm äußerte... Ein interessantes Interview

den Kaiserlichen Adler

tragen. Als ich zu den Offizieren kam, sprach mich der mit der Generalsuniform folgendermaßen an: „Gör mal, Soldat, das Land ist hier sehr schön.“ Und dann, den anderen Herren zugewandt: „Man könnte glauben, daß man in Deutschland sei. Ich kenne Holland sehr gut.“ Er hielt den linken Arm gegen den Körper gelegt und in der rechten Hand hatte er einen gelben Stod. Sein Gesicht war mir aufgefallen, es schien mir irgendwie bekannt. Ich hatte nun mehr und mehr die Gewißheit erlangt, daß ich den deutschen Kaiser vor mir hatte. Als ich das zweite Mal an ihm vorüberging, sprach er mich wieder an und erzählte mir von seinen Jugenderinnerungen in Amerongen und in anderen Teilen Hollands, vom Reichsmuseum in Amsterdamm und vom Haag. Schließlich sagte der Kaiser: „Werden Sie auch glücklich sein, wenn der Krieg zu Ende ist?“ Ich antwortete ihm: „Gewiß, denn wir haben wenigstens nach Hause gehen können. Der Krieg hat schon lange genug gedauert.“ „Ja,“ — antwortete er — „er hat so lange gedauert. Die Alliierten wollten nicht, daß er zu Ende sei. Jetzt ist er zu Ende.“

Morgen wird der Waffenstillstand unterzeichnet.

Zu diesem Augenblick kam der Major van Dol im Auto an. Es war ungefähr 7.15 Uhr morgens. Auf die Frage des Berichterstatters, wie sich der Kaiser bis dahin benommen hatte, antwortete der Sergeant Brinders, er schien sehr gedrückt und außerordentlich unruhig. Sein berühmter Schmurrbart war nicht nach oben gebogen, sondern hing traurig herab, wie bei einem Chinesen. Schließlich erklärte der Major, daß die deutschen Offiziere zu Fuß nach dem Bahnhof Eindhoven gehen sollten, der ungefähr 1100 Meter entfernt ist. Die Autos kamen langsam hinterher. Die Offiziere begaben sich sofort auf die Plattform des Bahnhofes. Sofort wurde der Bahnhof von einer Truppe von Soldaten, die in Eindhoven einquartiert waren, besetzt und der Zutritt dem Publikum streng untersagt. Auf die Frage des Berichterstatters, wie sich die Bevölkerung dieser Nachricht gegenüber verhielt, erzählte Brinders: „Als man sich von der Wahrheit überzeugt hatte, begab sich eine große Menge nach dem Bahnhof, darunter auch eine Anzahl belgischer Flüchtlinge. Es fielen Rufe wie: „Nieder mit dem Kaiser!“

Wir hatten die größte Mühe, zu verhindern, daß der Zaun des Bahnhofes nicht durchbrochen wurde. Um 8.40 Uhr morgens kam ein langer Eisenbahnzug von Bisse in Eindhoven an. Auf beiden Seiten wurden Maschinenabwehrer aufgestellt. Der ganze Tag wurde unaufhörlich von Eindhoven aus telephoniert. Die Entscheidung der holländischen Regierung ließ jedoch lange auf sich warten. So war Wilhelm lange Stunden hindurch in Unruhe. Sein Verhalten an der Grenze und auf dem Bahnhof ließ darauf schließen, daß er nur daran dachte, um jeden Preis nach Holland zu kommen. Er hatte offensichtlich die Absicht, Holland vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Im Augenblick, wo er sich auf holländischem Boden befand, war die holländische Regierung gezwungen, ihm zu interponieren und für ihn zu haften. Endlich, nach einem ganzen Tag, ließ die holländische Regierung den Kaiser wissen, daß seinem Verlangen um Internierung in Holland entsprochen werden würde.

Er hatte offensichtlich die Absicht, Holland vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Im Augenblick, wo er sich auf holländischem Boden befand, war die holländische Regierung gezwungen, ihm zu interponieren und für ihn zu haften. Endlich, nach einem ganzen Tag, ließ die holländische Regierung den Kaiser wissen, daß seinem Verlangen um Internierung in Holland entsprochen werden würde.

Hakenkreuz treibt Schindluder

Der Kampf ums tägliche Brot

Ein Arbeiter schreibt uns:

Wenn man nun schon seit Monaten von dem barmen Los, arbeitslos zu sein, bedrückt ist, so dürfte glaubhaft erscheinen, daß dieses Los zu einem mehr zerrütteten, als wenn man täglich schwer arbeitet, abends aber im Kreise seiner Familie sich wenigstens einigermaßen als Mensch fühlt. Mancher der in Arbeit ist, erlaubt sich, abends aber im Kreise seiner Familie sich wenigstens einigermaßen als Mensch fühlt. Mancher der in Arbeit ist, erlaubt sich, abends aber im Kreise seiner Familie sich wenigstens einigermaßen als Mensch fühlt.

Wenn man nun aber sieht, wie mit den Massen von Arbeitslosen, gerade von seiten der radikalen politischen Parteien, Schindluder getrieben wird und ihnen anlässlich der Reichstagswahl Brot und Arbeit versprochen hat, während heute nicht das geringste davon zu verspüren ist, so darf man sich über die Stimmung wundern. Hat doch gerade die Hitlerpartei versprochen, mit der sogenannten Völkerversicherung auszuräumen und was treibt diese heute? Völkerversicherung, wie sie schimmernd nicht mehr getrieben werden kann! Was muß man dazu sagen, was der Nazi-Minister Frick in Thüringen tat, indem er das Gehalt seiner ihm später nachfolgenden Minister auf etwa 7000 M. herabsenken ließ, vorher aber sein Gehalt mit Aufwandsentschädigung auf etwa 18 000 M., sowie eine ansehnliche Pension, wozu noch die Reichstagsabstimmung kommen, sicherstellte. Oder wenn die 187 Nazis, die gewählt wurden, um im Reichstag Arbeit und Brot zu schaffen, jetzt mit ihren Abgeordnetenrekruten im Reich umherlaufen, um weitere Dummheit zu fangen, den Arbeitslosen ihre Wägen versprechen, die sie doch längst zum Voraus erhoben haben? Man kommt als einer der neuesten Hitler-Schläger: ER als zukünftiger „Kaiser für das in der Pfalz kommende dritte Reich“, läßt sich einen Palast von circa 2 Millionen einrichten, kauft sich ein Luxusauto im Werte von 46 000 M. (!), wie solches sich wohl der Mühseligkeit von Doorn heute nicht besser leisten würde. Solche Leute nennen sich Arbeiterführer und wollen Arbeit und Brot schaffen?! Doch die Geduld des deutschen Arbeiters groß ist, ist ja sprichwörtlich in der Welt, aber sie dürfte auch einmal ihre Grenzen haben. Deshalb sei unser heutiges Nachschubern nachrufen: Erwacht doch endlich und erkennt eure Pflicht, Arbeit zu schaffen, dann ist der Nazirummel schnell vorbei. H. F.

Gewerkschaftliches

Die Reichstarifverhandlungen im Dachdeckerhandwerk gescheitert

Die gestern stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien des durch Rückbildung von Arbeitgeberseite am 31. März 1931 ausgetretenen Reichstarifvertrages für das Dachdeckerhandwerk sind gescheitert. Es tritt mittig ab 1. April für das Dachdeckerhandwerk eine tariflose Zeit ein.

Der Lohnkonflikt im französischen Bergbau

Paris, 17. März. Anlässlich des vom französischen Grubenarbeiterverband für den 30. März angekündigten Generalstreiks scheint sich jetzt die französische Regierung etwas tafelförmiger um die Befriedigung des Lohnkonfliktes im Kohlenbergbau zu bemühen. Ministerpräsident Laval hat am Montagabend die Vertreter des französischen Arbeitgeberverbandes und der Arbeiter telegraphisch aufgefordert, in Douai zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenzutreten, um die Frage der Arbeitslosigkeit und der Lohnverteilung zu prüfen. Die Vertreter der Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, mit den Delegierten der sozialistischen Gewerkschaften, aber nicht mit denen der kommunistischen Gewerkschaften zu verhandeln.

Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft gegen nationalsozialistische Betriebsräte

Frankfurt a. M., 17. März. (S.F.) Von der Frankfurter Nationalpartei hat sich eine Gruppe abgespalten, die sich „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten“ nennt. Diese „Kampfgemeinschaft“ hat anlässlich der Betriebsratswahlen der Frankfurter Straßenbahnen ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie fordert, der nationalsozialistischen Liste keine Stimme zu geben, sondern allein zu bleiben, damit man wenigstens die Gewissheit habe, daß man nicht betrogen und für die Privatinteressen gewisser „Loser“ Egoisten mißbraucht und ausgenutzt werde. Die Interessen der Arbeiter habe die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bisher nicht vertreten. Sie habe nur den persönlichen Interessen ihrer Führer und Funktionäre gedient. — Den führenden Frankfurter Nationalsozialisten wird in dem Flugblatt ausweislich eines Reihe von Verbrechen vorgeworfen, wie Unterschlagung von Mitgliedsbeiträgen, Betrug und Fahrgeldunterdrückung.

Der Angestelltenberuf

Wiederum Millionen Arbeitslose stehen vor den Toren der Arbeitsämter und schon wieder bringt eine große Zahl von Schul- und Klassen in ins Arbeitsleben wollen einen Beruf erlernen, „etwas lernen“. Schon seit einigen Monaten überlegen sich die Eltern und die an Eltern aus der Schule zur Entlassung Kommenden, welcher Beruf ergriffen werden könnte, um einmal eine möglicherweise sichere Lebensbahn anzutreffen und andererseits aber auch den Interessen im Menschen gerecht zu werden. Schon diese beiden Gesichtspunkte in der Berufswahl machen die Wahl oft zu einer Qual. Es treten aber noch andere Schwierigkeiten hinzu. Das Barometer der sozialen Höhe steigt. Die Unternehmer können nicht schnell genug die Löhne und Gehälter abbauen, aber von Preisabbau spürt der Arbeiter nichts. Damit wird schließlich die Arbeitslosigkeit im Volk nicht gesteigert. Jene Viecher, die da Tag für Tag über mangelnde Arbeitsmoral klagen, werden immer mehr Stoff für Nationalisten bekommen. Daneben überkommt den Lehrlingen noch manch andere Sorge. Viele Lehrherren verlangen auch heute noch, durch Ueberarbeiten die Arbeitskraft des Lehrlings bis zum letzten auszubilden, können ihren Lehrlingen kaum eine Pause

Unternehmerbolschewismus im Baugewerbe

Die Verhandlungen über die Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe sind in vollem Gange. Die Bauarbeitgeber wollen diesmal aufs Ganze gehen. Sie fordern einen Lohnabbau von geradezu phantastischen Dimensionen.

Die Unternehmerpresse kommt ihnen mit der Behauptung zu Hilfe, eine Gleichstellung des Lohnniveaus im Baugewerbe mit der sonst üblichen schematischen Lohnsetzung sei nicht ausreichend. Bei den jetzigen Verhandlungen müßten deshalb verhältnismäßig größere Abbauforderungen gestellt werden, als sonst notwendig wären.

Die Schornacher der Schwerindustrie werden vor Reid berufen, wenn sie hören, was die Unternehmer im Baugewerbe an Lohnabbauforderungen angemeldet haben. Sie fordern — um einige markante Beispiele herauszugreifen — für das Berliner Baugewerbe eine Herabsetzung des Stundenlohnes um 21 Prozent und die Einführung einer dritten Lohngruppe für weiteren Lohnruhr, im Rheinland (Düsseldorf und Köln) Lohnsenkung um 28,15 Prozent für die Badarbeiter und um 31,15 Prozent für die Hilfsarbeiter, im Freistaat Sachsen Lohnabbau um 35 bis 47 Pfa. d. h. ein Zurückgehen auf den Stand vom 1. Juni 1925, in der Lohngruppe Magdeburg ein Herabdrücken der Badarbeiterlöhne von 131 auf 90 Pfa. und bei dem niedrigsten Badarbeiterlohn bis auf 100 und schließlich 62 Pfa. In Nordrhein-Westfalen sind die Bauunternehmer etwas „bescheidener“; sie fordern hier einen Lohnabbau von „nur“ 16,7 Prozent. In der Grenzmark verlangen sie Lohnabbau von 22 bis 25 Prozent und dazu verfehlerte Lohnruhranteile, d. h. zum einen einen Abbau von 32–35 Prozent, in Westfalen eine Senkung des Maurerpreislohnes von 130 auf 95 Pfa., in Pommern einen Lohnabbau um 25 Prozent, im Breslauer Lohnbezirk 20–27 Prozent, in Thüringen Kürzung des Spizenlohnes von 125 auf 96 Pfa., im Lohnbezirk Frankfurt a. M. (Sachsen) Senkung des Spizenlohnes um 25 Pfa. und im Tiefbau Lohnabbau um etwa 30 Prozent, in Mecklenburg Abbau um 30 Prozent, in Bayern Lohnabzüge zwischen 22 und 36 Pfa. pro Stunde, in Ostpreußen Rückgang auf den Stand von 1925, d. h. beim Spizenlohn bis auf 88 Pfa. und bei dem Tiefbauarbeiter der niedrigsten Lohnklasse bis zu 47 Pfa. usw. usw.

Diese Lohnabbauanträge der Bauunternehmer kann man nur als Bolschewismus bezeichnen. Kein Wunder, wenn überall die Parteiverhandlungen gescheitert sind. Von der Unternehmenszentrale ist angehend die Parole ausgegeben worden, alle Vorhaben, die früher in Bezirksarbiträmtern amtierten, abzulehnen. Man will auf diese Weise das Arbeitsministerium veranlassen, Schlichter zu stellen, die den Unternehmern besonders willig sind. Keineswegs Tarifrätsvorsitzende wollen ja nicht Bescheid über die besondere wirtschaftliche und soziale Lage der Bauarbeiter. Sie können von den Sondici leicht unter Trommelfeuer genommen werden.

Der Bauarbeiterlohn war im Jahresergebnis äußerst niedrig. Zur Zeit sind

75 Prozent aller Bauarbeiter arbeitslos.

Sie stehen zu Dreiviertel in einem unfreiwilligen Generalstreik. Die Mitterung und die Lage auf dem Bauplatz lassen für die nächste Zeit keine Besserung erwarten. Man muß damit rechnen, daß sich im Baujahr 1931 die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter nie unter 50 Prozent bewegen wird. Das alles muß den unparteiischen Schlichtern mit aller Deutlichkeit klar gemacht werden; denn so mancher von ihnen wird nur allzu gern bereit sein, gegenüber den dokumentarisch belegten Angaben der Bauarbeiter ungläubig die Achseln zu zucken. Den Schlichtern muß von neuem in Erinnerung gebracht werden, daß der Bauarbeiter einen persönlich viel höheren Aufwand für Nahrung, Kleidung und Anmarschkosten zur Arbeitsstelle hat als andere Arbeiter, daß die Arbeitsstelle immer wieder wechseln muß, was wiederum mit Unkosten verknüpft ist, und daß er vielfach einen doppelten Haushalt führen und schließlich infolge ungünstiger Witterung so und so oft die Arbeit unterbrechen muß.

Trotz eines ungeheuren Arbeitslosenstands in der Bauarbeiterklasse kommen die Bauunternehmer mit völlig maßlosen Forderungen. Glauben die Unternehmer, die Bauarbeiter hätten jetzt genügend das Hungergeleit, daß sie auch, wenn sie das Glück haben, für eine kurze Zeitspanne Arbeit zu finden, weiter hungern können. Die Frühjahrsbauten sind abgebrochen, die Betriebe sind festgelegt. Der durch die Schaffung niedriger Löhne erzielte Profit würde restlos in den Taschen der Unternehmer verschwinden. Wer wäre so einfältig zu glauben, daß die Bauunternehmer, falls es noch ihren Lohnabbauforderungen eine nachträglich die Baukosten senken? Was die Bauunternehmer wollen, ist leicht zu erkennen; sie wollen bei schlechter Bautätigkeit genau so viel verdienen wie in guten Geschäftsjahren.

Auch die Tarifämter werden aller Wahrscheinlichkeit nach keine Sprüche fällen, mit denen beide Parteien einverstanden sein könnten. Werden die Sprüche der Tarifämter nicht von beiden Parteien angenommen, dann soll eine zentrale Schiedsstelle über die Löhne der Hauptarbeitergruppen der obersten Lohnklasse entscheiden. Ueber die dann noch strittigen Lohnfragen sollen die bezirklischen Tarifämter befinden. Die vom Reichsarbeitsminister einzuwickelnde Zentralschiedsstelle wird aus je vier Beisitzern von jeder Partei und aus drei Unparteiischen bestehen, die der Reichsarbeitsminister ernennen wird. Der Spruch der zentralen Schiedsstelle, die mit einfacher Mehrheit entscheidet, kann innerhalb 8 Tagen angenommen oder abgelehnt werden. Was in der zentralen Schiedsstelle über alle Lohngebiete entschieden wird, muß hierbei rechnen die Bauunternehmer stark auf die Hilfe des Reichsarbeitsministers. Bei ihm liegt in der Hauptsache die Entscheidung.

zum Einnehmen der wichtigsten Maßregeln und nehmen so diesen jungen Menschen die letzte Freude an der Arbeit. Schon oft war eine derartige Verheißung der Unteranga eines jungen Menschen. Trotz dieser Grundensichtungen der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, darf der junge Arbeitnehmer nicht den Mut verlieren. Es gibt noch Möglichkeiten, den gefährlichsten Gefahren entgegenzutreten. Die freien Gewerkschaften führen taugliche Kampfmittel ins Feld, und es liegt nur an der Geschlossenheit der Arbeitnehmer selbst, dieses zu ändern.

Der Angestelltenberuf, von welchem wir hier sprechen wollen, wird auch dieses Jahr wieder das Ziel gar mancher jungen Menschen sein. Mit großen Hoffnungen ist ja mancher schon in diesen Beruf eingetreten. Bei vielen haben sich die Erwartungen erfüllt, andere wieder wurden enttäuscht. Der Angestelltenberuf kann, wie alle anderen Berufe, durch menschliche Arbeit gelöst werden, er kann auch in interrelativen Stellen recht anregend wirken. Es gibt viele Sandwertberufe, in denen man bedeutend mehr Geld verdienen kann, wie im Angestelltenberuf, es gibt aber auch Angestelltenpositionen, die in dieser Beziehung größte Vorteile bieten. Der Angestelltenberuf ist von allen Dingen der mannigfaltigste, den man sich vorstellen kann. Welch großer Unterschied besteht zwischen der Arbeit der Verkäuferin im Warenhaus und der Stenotypistin im Fabrikbureau. Der Verkäuferin wird anfangs das viele Reden und dem Lehrling in der Abteilung Kalkulation eines großen Fabrikunternehmens das große Schweigen schwer fallen. Aber letzten Endes werden sich alle ihrem Gehalt freuen, und schließlich auch in ihrer Stellung froh werden, weil sie arbeiten dürfen, eigenes Geld verdienen, die jungen Menschen sich vollwertig gewertet fühlen, und dies ist ja das Ideal, welchem alle jungen Menschen zustreben.

Der Kaufmann ist ein Mensch, der alles können muß. Er wird den unendlichen Situationen gegenüber gestellt und muß ihnen gerecht werden. Eine Aufzählung der Aufgaben, die der Kaufmann zu leisten hat, ist unendlich. Er muß sich mit den verschiedensten Menschen, die den angehenden Kaufmann auszeichnen. Bei diesen jungen Menschen sind die Anlagen dazu vorhanden, es fehlt aber die Anregung zur weiteren Entwicklung. Die Lehre und die Handelslehre sollen dem kaufmännischen Lehrling hierzu verhelfen. In den meisten Fällen werden diese aber nicht genügen. Hier ist es wichtig, wie wertvolle Hilfe immer wieder die Berufsorganisation ein. Die Berufsorganisation für die kaufmännischen Lehrlinge ist der Zentralverband der Angestellten. Er unterhält in Karlsruhe eine Jugendabteilung von nahezu 700 Lehrlingen. Die Berufsfortbildungsturse dieses Verbandes erfreuen sich allgemeiner Wertschätzung unter

der kaufmännischen Angestelltenchaft. Weiter schützt dieser Verband seine Mitglieder vor allen Dingen vor allzu großer Ausbeutung, kämpft für geregelte Arbeitszeit, größeren Urlaub und bessere Entlohnung. Der Einzelne richtet in diesem Kampfe nichts aus. Nur als Mitglied einer großen Gemeinschaft wird er für diese Ziele sich einrichten können und auch so Stück für Stück dem Ziele näher kommen. Der Verband hat gute Beziehungen zum Wirtschaftsleben, so unterhält er auch eine Stellenvermittlung, welche Lehrstellen vermittelt, er gibt Rat und Auskunft bei Abschluss von Lehrverträgen, gibt einen musterhaften, von ihm selbst empfohlenen Lehrvertrag, macht auf die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen aufmerksam, u. a. a. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß dies alles für die Arbeitnehmerschaft sehr notwendig ist. Jeder Vater und jede Mutter werde auf daran tun, falls sie Kinder zum kaufmännischen Beruf bringen wollen, sich diese Dinge genau zu überlegen und zu beachten. Jeder kaufmännische Lehrling muß sich dem Zentralverband der Angestellten anschließen, weil dort der einzige sichere Ort für sein Vorwärtskommen ist.

Kleine bad. Chronik

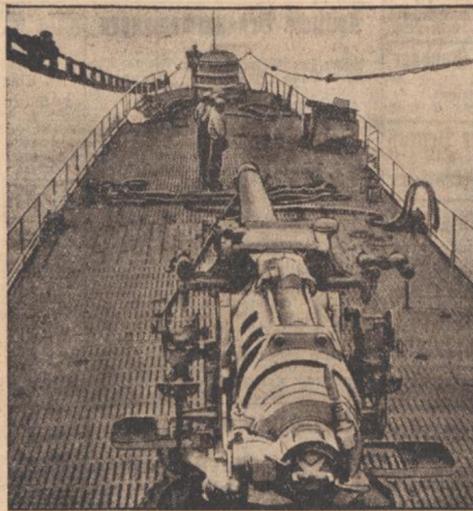
i. Grünwettersbach. Man schreibt uns: Hier herrscht von jeder schon ein großer Ueberfluß an Milch, die also innerhalb unseres Ortes nicht abgesetzt werden kann, und daher von einem Milchhändler von hier gesammelt und täglich den Vier zu 19 Pfa. aufgekauft wird, um nach Karlsruhe geliefert zu werden. Die hiesige Arbeiterwohngemeinschaft, die ihre Milch bei den Viehhaltern anholt, muß leider immer noch 23 Pfa., ja bis kürzlich noch 25 Pfa. bezahlen, trotzdem bei uns bereits alle Arbeiter arbeitslos sind; die Zahl beträgt mit Arbeiterinnen etwa 250 Personen von 1300 Einwohnern. Es gibt eine Anzahl Orte, in denen die Ortsangehörigen ihre Milch zum Preis wie ihn der Händler zahlt, nämlich 18–20 Pfa., bekommen. Das auch der kleine Landwirt heute übel daran ist, wird auch von uns voll und ganz anerkannt; das es bei untern ausgesteuerten Arbeitslosen trotzdem besteht ist, ist allgemein bekannt. Milch braucht jede Familie, hier dagegen nicht, es kann daher nicht, wie schon oft die Rede war, der Preis dieser zwei Produkte von einander abhängig gemacht werden, indem man bemerkt, das Bier sei den Konsumenten auch nicht zu teuer. In der Vorkriegszeit kostete hier ein Liter Milch 14–15 Pfa., ein Preis von 18–20 Pfa. wäre heute angebracht. Würde die Arbeiterschaft noch einigermaßen in Verdienstmöglichkeit stehen, so würde Niemand an solchen Dingen rütteln. Auch für Fuhrlohn, beim Adern, Pflügen usw. kann nicht mehr das Doppelte wie in der Vorkriegszeit bezahlt werden. Wenn so Viele Not leiden, geht es nicht an, daß eine kleine Anzahl Bevorzugter übermäßigen Gewinn suchen.

Untergrombach. Auf der Landstraße gegen Weinaarten fuhr das Auto der Bruchhauer Adolph in a. D. auf zwei neben einander fahrende unbesetzte Fuhrwerke. Der Autoführer konnte nicht mehr ausweichen und rannte auf das eine Solofuhrwerk, welches stark beschädigt wurde. Der Kraftwagenführer und die mitfahrende Dame kamen mit leichten Verletzungen davon. Die Schuld tragen die beiden unbesetzten Fuhrwerke.

Rauenberg (Amt Wiesloch). Das Heidesberger Leichenauto brachte eine Leiche nach Untergrombach. Ein Radfahrer aus Grombach, der ohne ein Zeichen zu geben, in die Straße nach Rauenberg einbog, fuhr dabei in den Wagen hinein und zog sich schwere Verletzungen zu, während das Fahrrad völlig demoliert wurde.

Seidelberg. Am Samstag gegen Abend wurde zwischen der neuen Brücke und dem Wieblingen Stauwehr die Leiche des 20 Jahre alten Dienstmädchens Anna Seidlich aus dem Neckar gezogen. Das Mädchen ist bereits seit mehr als vier Wochen verschwunden und dürfte Selbstmord verübt haben.

d. Huttensheim. Rechts Sonntag fand eine Besichtigung der hiesigen Freim. Sanitätskolonne durch die Mitglieder des Kreisvereins, Kreisfollonemarsch Dr. Kiehlstein (Durlach) Kreisfollonemarsch Dahlinger (R. Mühlburg) und Kreisfollonemarsch Döppelmeier (Bruchsal) statt. Die Besichtigung ergab, daß die Kolonne gut ausgebildet und gut ausgerüstet ist. Kreisfollonemarsch Dahlinger sprach bei erschienenen Bede von Huttensheim sowie der Kolonnenleitung den Dank für ihr unermüdeliches Wirken im Dienste des Roten Kreuzes aus, und forderte die Kolonnenmitglieder auf, auch fernerhin immer pflicht-eifrig im Dienste zu sein.



Ubootkrieg von morgen

Americas neuester Trumpf sind riesige Unterseeboote mit schwerer Schiffsartilleriebesetzung.

Im UNION-THEATER etwas Besonderes
— Die Erfüllung einer Erwartung Hunderttausender!

Der 2. Potemkin-Film
aus dem Lande der aufgehenden Sonne, geladen mit dramatischer Spannung, durchpulst von glühender Leidenschaft, packend und mit sich reißend in den ungeheuren Wirbel voll geschichtlichen Geschehens

Der blaue Expres

Ein Film, der erschüttert. — Ein Drama, das uns bis in die Tiefen der Seele auführt!

Der Film, dem die gesamte Presse seit Monaten größtes Interesse entgegenbringt

Das ist ein Film, der Menschen im ersten Ansat nimmt!

Dazu im Besprogramm: „Rivalen im Weltrekord“
Ein Sensationsfilm von Autos und Liebe mit Bob Stoll, Lieselott Schaak und Nien Son Ling, Grace Chiang, Hans Casparius, Robert Garrison, Speedy Schlichter

Ein Höchstquantum von Spannung, Aufregung u. Erlebnisreichtum

Gutschein!
Jedem Besucher gewähren wir bei Abgabe dieses Gutscheines **25% Preis-Ermäßigung**

Die Direktion des **Union-Theater**

Badisches Landes-theater
Mittwoch, 18. März
8. Sinfonie-Konzert

Leitung: Rudolf Schwarz
Solist: Paul Kämpfe (Oboe)
Korsett: Subterfuge (C-Dur)
Sopran: Oboenfagott (Gitarraführung)
Mitsch-Karlsruhe: Capriccio espagnole
Anfang 20 Uhr
Ende 21.45 Uhr
Preise 1.50—5.00

Am 19.3. Es wird faulstich einen Mann für 20.3. Die Liebesprobe

Hierauf: Josephlegende Sa. 21
3. Wiener Abend. Es 22.3. Zum ersten Mal. Der Mantel. Hierauf: Zum ersten Mal: Schwester Angelita. Hierauf: Neu einbüchert: Gianni Schicchi im Kaiserhof. Zum ersten Mal: Wiener Frau das Fräulein.

Extra-Preise! GROSSER Osterputz-Verkauf
in der Haushalt-Abteilung, III. Stock
ca. 8000 Bürsten besonders preiswert

1 Posten Waschbürsten	Stück 25.7	15.7	1 Posten Rothaar-Handfeger	1.25	95.7
1 Post. Abselbürsten	St. 35.7	22.7	1 Post. Rothaar-Stubenbesen	2.65	1.95
1 Post. Schmutzbürsten	Stück 15.7	12.7	1 Post. Cocos-Stubenbesen	0.57	45.7
1 Post. Auftragsbürsten	Stück 15.7	10.7	1 Posten Reisstroh-Besen	1.15	98.7
1 Post. Handwaschbürsten	20.7	12.7	1 Posten Staubwedel	1.10	95.7
1 Post. Möbelbürsten	reine Borsten	1.25	1 Posten Teppichklopper	98.7	95.7
1 Post. Teppichbürsten	versch. Sorten	50.7	1 Posten Fensterleder	1.35	95.7
1 Posten Schrubber	Union oder Fibre	25.7	1 Posten Mop mit Stiel	3.25	2.75
1 Posten Tassenbürsten	Stück 15.7	10.7	1 Posten Fußbodenlack	1 Kilo	1.35
1 Post. Kleiderbürsten	St. 75.7	35.7	1 Posten Fußbodenwachs	1.40	78.7
1 Post. Wischbürsten	St. 45.7	35.7	1 Posten Fußboden-Beize	1.25	95.7
1 Post. Kiosettbürsten	St. 65.7	55.7	1 Posten Putzlücher	50.7	40.7

KNOPF

Schauburg
Marienstraße 16 Telephone 6284
Beginn 4 Uhr Einlaß ab 1/4 4 Uhr

Heute die bedeutendste Premiere dieser Saison:
Elisabeth Bergner
in ihrem neuesten Tonfilm:
Ariane

Nach dem gleichnamigen Roman von Claude Anet.
Regie: Paul Czinner, der Regisseur ihres größten stimmungsvollen „Der Gelber von Florenz“.

„Mit ihrem ersten Tonfilm ist Elisabeth Bergner zugleich die Erste im Tonfilm geworden.“

Ariane ist die Sensation der diesjährigen Winter-spielzeit.

Das Berliner Capitol hatte dank in der ersten Zeit jeweils sämtliche Vorstellungen auf 3 Tage hinaus restlos ausverkauft, womit der bisher von Chaplins „Zirkus“ gehaltene Rekord gebrochen wurde.

In Königsberg haben den Film bereits 40.000 Menschen (jeder 7 Einwohner) gesehen. Leipzig meldet Rekordkassen. Frankfurt rechnet mit einem Dauerlauf von 8-12 Wochen.

Auch Karlsruhe hat auf den Film gewartet!

Beginn der Vorstellungen **4 6.15 8.45** Uhr.

Berücksichtigen Sie bitte die Nachmittagsvorstellungen.

UT UNION-THEATER
Kaiserstraße 21, Telefon 7885
Beginn der Vorstellungen: 4.00, 6.20, 8.40 Uhr

1. Zimmer-Wohnung (großes Zimmer, Küche u. Keller) in der Weststadt, Seitenbau, voll, auf 1. April zu vermieten. Angebote mit 2.00 an das Volksfr.

2. Zimmerwohnung, sofort zu vermieten. Gäßchen, Karlsruher Straße 17. 28375

2. große Zimmer möbliertes zu vermieten. 2869

Schön möbliertes Zimmer zu vermieten. 2869

Freundlich möbliertes Zimmer zentr. Lage, gegenüber alt. Bahnhof, beizbar ebentl. mit voll. Ventil. Hof zu verm. 2877, Kriegsstr. 22, Seitenb.

Gut erhaltene Schreibmaschine im Preis von 50-60.4 zu kaufen gesucht. Ang. unter 2 577 an das Volksfreundbüro.

Zafferte 2109

Rüchen
Jetzt nur 150.-, 185.-, 245.-, 265.- bei

E. Schweizer
K.-Mühlburg 12 Rheinstraße 12.

Standuhr
billig abverkauft. Kleinle, Zurlach, Kelterstr. 23.

Gebr. Rohlfar
zu kaufen gesucht. 2877

Schöner Bettrost
abzugeben. Preis 5.-. Größe 192/92. 3374

Damenjagrad
zu kaufen ges. Preis-angebote unter Nr. 2314 an das Volksfreundbüro

Fahrrad
zu kaufen ges. Preis-angebote unter Nr. 2314 an das Volksfreundbüro

Strümpfe
herben angefeicht

Alte Strickflachen
Reuanfertigungen bill. 2877

Bei uns stets **Gelegenheitskufe**
Schlafzimmer
wenig gebraucht und sehr gut erhalten, komplett mit Kissen, Matratzen und Federbetten zu dem unglaublich billigen Preis von **450.-**

Carl Baum & Co.
Erpprinzenstraße 30
Kein Laden, 100 Zimmer und Küchen.

Der Blitz am Mittwoch

2 Damen-Hemden - 85
gewebt, 85 cm lang mit Träger ... zusammen

2 Damen-Hemden 1.10
gewebt, 85 cm lang mit Achsel ... zusammen

D.-Unterziehhose - 90
„Juvana“ echt ägyptisch Mako

BURCHARD

Morgen Donnerstag wieder kostenloses Zuschneiden unserer Wäschestoffe.

Danksagung

Für die herzliche Anteilnahme beim Verlust unseres lieben, guten Vaters, sowie für die vielen Kranz- und Blumen-spenden sagen wir herzlichsten Dank.

Maria Muttscheller geb. Ganter
Hertha Muttscheller
Karl Muttscheller

Colosseum
Täglich 8 Uhr
Pariser-Revue

Wer würde 2 1/2 Jahre alt sein? Siehe die tolle Revue in Colosseum. Ab 8 Uhr. 2877

Zahararbeiten all. Art werden angeführt bei billiger Berechnung. Adresse zu erlangen unter 2 573 im Volksfreundbüro.

Mod. gut erhaltener Sportwagen zu kaufen gesucht. Offert. unter 2371 an das Volksfreundbüro.

Sehr gut erh. hell. mod. Kraftwagen Brenndor für 4.40 zu verkaufen. 2370

Frank. Smolting, Gedr.-Anzige 2877

Grammophon-Mechanik
Reparaturen, Federn, Ersatzteile usw. billigst. Komme ins Haus. Postkarte gen. Seldinger, Ruppurrerstraße 8

Elfa-Motorräder
500 ccm, 500 ccm, mit Licht und Horn, Zählmesser, Kart 1090

E. Rager, Garagen, Karlsruhe, Marienstr. 63

ROLLE
zu umhängen zu vermieten. 2877

Lehrstellen gesucht
für folgende Berufe:

a) Männlich:
Bauschlosser, Bleicher, Buchbinder, Bürokaufleute, Drogisten, Eisendreher, Elektrostallateure, Friseur, Gärtner, Gipser, Köche, Maurer, Mechaniker, Schreiner, Schuhmacher, Verkäufer.

b) Weiblich:
Blumenbinderinnen, Friseurinnen, Kontoristinnen, Putzmacherinnen, Schneiderinnen, Verkäuferinnen.

Arbeitsamt Karlsruhe, Abt. Berufsberatung
Zähringerstraße 45 Telephone 5270.74

Man wende sich vor Besetzung einer Lehrstelle vertrauensvoll an uns

Amtl. Bekanntmachungen

Ueber das Vermögen der Firma Alexander Palm, Daus- und Küchengeräte in Karlsruhe, Nachb. Alexander Palm in Karlsruhe-Beiertheim, Breitenstraße 67, wurde heute vormittag 10.30 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Kreuzer hier, Stefanienstraße 59. Konkursforderungen sind bis zum 5. April 1931 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entscheidung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am Dienstag, den 14. April 1931, vormittags 10.30 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stod. Zimmer Nr. 142, Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeindeführer leisten. Der Besitz der Sache und ein Anrecht auf abgeordnete Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis zum 5. April 1931 anzuzeigen. Karlsruhe, den 16. März 1931, Geschäftsstelle des Amtsgerichts A.5.

Ettlinger Anzeigen

Brennholz-Versteigerung
Aus dem Ettlinger Stadtwald wird als letzte Brennholz-Versteigerung nachstehendes Bürgerabholz im Galtshaus zur „Sonne“ in Ettlingen öffentlich versteigert, und zwar: am Montag, den 23. März 1931, vormittags 9 Uhr,

Le Chic de Paris mit Rougemont

Mietervereinigung K'ruhe (e. V.)
Geschäftsstelle: (1. u. 2. St.) Zähringerstr. 45, Tel. 10

Kaffatter Anzeigen

Befähigung der Reblaus, h. e. Umstellung der Sobriden betr. Nach einem Erlass des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft werden für die Umstellung der Sobriden Befähigten, welche in Form von Sobriden reben oder in bar bewilligt werden können, genehmigt.

Diejenigen Besitzer von Subridenanlagen, welche genehmigt sind, ihre Anlagen im laufenden Jahre umzustellen, werden ersucht, dies bis spätestens 20. ds. Mts. an dem Rathaus - Zimmer 11 - anzuzeigen, wobei auch nähere Auskünfte erteilt wird.

Gleichzeitig wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Anbau von Amerikaner- oder Direktträgerreben verboten ist, daß die Zünderhandlungen auf Grund des Reichsgesetzes bestraft werden, und daß, die nach dem 1. Januar 1931 anzuzeigenden Anlagen, die nicht zu entfernen sind, am 16. März 1931, dem Oberbürgermeister.

Bei Ihren Einkäufen berücksichtigen Sie die Inserenten dieser Zeitung!